

**Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Feststellung gemäß § 2 Abs. 2 NUVPG i.V.m. § 5 UVPG  
(Unternehmensflurbereinigung Jembke, Landkreis Gifhorn)**

**Bek. d. ML v. 06.04.2023 – 306-611-2636 A39 Jembke –**

Das ArL Braunschweig hat dem ML einen Auszug aus dem Entwurf zum Plan nach § 41 FlurbG für das Unternehmensflurbereinigungsverfahren A39 Jembke, Landkreis Gifhorn, vorgelegt. Auf Grundlage des Wege- und Gewässerplans mit landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 41 FlurbG erfolgt der Ausbau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen.

Auf der Grundlage des Entwurfs zum Plan nach § 41 FlurbG ist gemäß § 2 Abs. 2 NUVPG i.V.m. § 5 UVPG nach einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 2 Abs. 2 NUVPG i.V.m. § 7 UVPG festzustellen, ob für das Vorhaben – Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen i. S. des FlurbG – eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Diese allgemeine Vorprüfung hat für das Unternehmensflurbereinigungsverfahren A39 Jembke ergeben, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Gemäß § 2 Abs. 2 NUVPG i.V.m. § 5 UVPG wird hiermit festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

**Begründung:**

Für das Unternehmensflurbereinigungsverfahren A39 Jembke, Landkreis Gifhorn, wurde eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 2 Abs. 2 NUVPG i.V.m. § 7 UVPG auf der Grundlage der in Anlage 3 des UVPG aufgeführten Kriterien durchgeführt.

Durch den geplanten Ausbau der A 39 werden landwirtschaftlich genutzte Flächen sowie Wegeverbindungen zerschnitten. Um die Erschließung der neu entstehenden Grundstücke sicherzustellen, ist das Wegenetz an die neue Situation anzupassen. Zur Minimierung der Eingriffe in die Natur sollen Wege ausschließlich als Spurbahn bzw. in Schotterbauweise hergestellt werden. An Stichwegen ist der Bau von fünf Wendehämmern vorgesehen. Außerdem sollen Ausgleichsmaßnahmen, die im Planfeststellungsverfahren „Neubau der A 39“ festgestellt wurden, in geänderter Weise erfolgen; sie orientieren sich nun an der Neuordnung der Flächen. Durch diese Maßnahmen sind zumindest temporäre, nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologischer Vielfalt, Mensch einschließlich der Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern zu erwarten. Nach derzeitiger Einschätzung können alle zu erwartenden Beeinträchtigungen der Schutzgüter durch entsprechende Maßnahmen vermieden bzw. kompensiert werden.

Da die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts wiederhergestellt werden, kann als Gesamteinschätzung festgestellt werden, dass von dem Vorhaben keine erheblichen, nicht ausgleichbaren und entscheidungsrelevanten Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Im Rahmen der Eingriffsregelung gem. §§ 13 bis 17 BNatSchG sind Maßnahmen zur Vermeidung und/oder Kompensation dieser Beeinträchtigungen in der endgültigen Fassung des Plans nach § 41 FlurbG abschließend festzulegen.

gez. Lischka